

Kanton Freiburg

Ehrverletzung gibts auch im Internet

Der Staatsrat setzt vor allem auf Prävention, wenn es um Mobbing im Internet geht - denn die Ahndung der Straftaten erweist sich als kompliziert.

Freiburg «Jugendliche sind in erheblichem Ausmass Schikanen auf dem Weg übers Internet ausgesetzt», schreibt die Freiburger Grossrätin Nadia Savary (FDP, Vesin) in ihrer Anfrage zum Thema Cyberbullying: Immer mehr Jugendliche würden auf elektronischem Weg durch «Diffamierungskampagnen bedenkenloser Kameradinnen und Kameraden traumatisiert». Und sie fragt, was der Staatsrat unternehme, um «dieses Phänomen in den Griff zu bekommen und wenn möglich im Keim zu ersticken».

Der Staatsrat antwortet zunächst mit einer Definition: Cyberbullying sei eine Form von Mobbing, mit der das Opfer Verleumdungen, Blossstellungen oder Gewaltandrohungen ausgesetzt werde, die mit Hilfe der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien verbreitet würden. Die Kantonsregierung erinnert in ihrer Antwort an den Direktor der Orientierungsschule Gibloux, welcher im Januar Klage gegen Schüler eingereicht hatte, welche ihn auf Facebook diffamiert hatten.

Das Strafrecht gelte unabhängig von den verwendeten Kommunikationsmitteln, hält der Staatsrat fest. Ehrverletzung und Drohungen im Internet seien aber schwierig zu ahnden, da es oft kompliziert sei, die Spur zur Täterin oder zum Täter zurückzuverfolgen.

Bundesbericht in Arbeit

Prävention sei die zentrale Massnahme zur Bekämpfung von Cyberbullying, schreibt der Staatsrat. Durch Prävention soll weniger Mobbing im Internet stattfinden, und die Opfer sollen den Mut finden, sich zu wehren. Bevor die Kantonsregierung neue Massnahmen plant, will sie den Bundesbericht zu einem Postulat der Aargauer CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer abwarten. Der Bericht wird auf Anfang 2010 erwartet und soll die Häufigkeit und Verbreitung von Cyberbullying in der Schweiz aufzeigen. njb